

In unserer jetzigen Ausgaben gehen die Autorinnen und die Autoren der Frage nach, was Recht in Südostasien bedeutet. Was für lokale Rechtstraditionen gibt es? Welche Rolle spielt das Recht bei politischen und gesellschaftlichen Umbruch- und Übergangssituationen? Das Recht antwortet zwar auf sehr konkrete Probleme – aber die Mittel dazu können universalisiert werden. Daher bedienen sich mehrere südostasiatische Länder der westlichen Rechtsinstitutionen und bauen ihr eigenes Rechtssystem westlich geprägt auf. Dabei stellt sich die Frage, ob abstrakt übernommene Rechtsregeln in einem anderen Kontext dieselbe Wirkung ausüben. Die Fallbeispiele im Heft mögen auf den ersten Blick sehr unterschiedlich sein, aber es zeigen sich beim näheren Betrachten doch offensichtliche Parallelen, Gemeinsamkeiten unter den Gesellschaften Südostasiens.

Die heutigen Rechtssysteme vor Ort stammen aus unterschiedlichen Quellen, alternative Rechtsordnungen bestehen daher manchmal nebeneinander. Traditionelle Regelungen überlagern hin und wieder die vom Staat festgelegten gesetzlichen Rahmenbedingungen. Adriaan Bedner und Noor Aisha Abdul Rahman stellen Beispiele dar, wie und warum islamisches Recht für einige Lebensbereiche in Indonesien und Singapur dem staatlichen vorgezogen wird. Das Fortdauern paralleler Rechtspraxen steht im starken Gegensatz zur Zerbrechlichkeit und Anfälligkeit neuerer Rechtsvorschriften.

Sina Reisch bietet in ihrem Artikel einen Überblick über die Verfassungsänderungen in Thailand, während Oliver Gerson den Blick auf die Verfassung Myanmars richtet – mit Bezug auf seine aktuelle demokratische Wende.

Die Beispiele zeigen auch, welche politischen Entscheidungen den neuen Rechtsinstitutionen oder Rechtsnormen zugrunde liegen. Politik und Recht lassen sich eigentlich nicht eindeutig trennen – erst recht nicht in der südostasiatischen Region, wo politische Ziele rechtliche Vorschriften schnell überwältigen können. Staatlich geförderte Identitätsbildung wird angewendet, um Meinungspluralismus einzuschränken oder oppositionelle Kräfte zu stigmatisieren. Ein Artikel von Jintamas Saksornchai beschreibt etwa, wie die Konstruktion vom Thai-Sein Filmzensur bei politisch empfindlichen Themen ermöglicht. Timo Duile analysiert die Rolle der Neuinterpretation von Pancasila bei der Schaffung von Blasphemiegesetzen und der Verfolgung angeblicher Kommunisten. Wirtschaftliche Interessen des Staates setzen sich auch über die subjektiven Rechte einzelner BürgerInnen hinweg. Landbesitz ist hier ein Schlüsselwort: Ungeklärte Bodenrechte ermöglichen Missbrauch, wie die Fälle aus Indonesien, Thailand und Kambodscha es zeigen.

Redaktionstreffen im Juni

Die südostasien entsteht aus dem Engagement zahlreicher Ehrenamtlicher – für die redaktionelle Fertigstellung der Zeitschrift freuen wir uns über neue Interessierte, die sich anschließen wollen und die Zeitschrift mit Wissen, Können und Kreativität unterstützen.

Am Samstag, den 10. Juni 2017 findet das nächste Redaktionstreffen in Köln statt.

Bei Interesse bitte an Genia Findeisen schreiben: gfindeisen@yahoo.com

Was kann der einzelne Bürger oder die einzelne Bürgerin tun, um sich zu wehren oder seinen/ihren Willen durchzusetzen? Die Mühlen des Justizsystems mahlen langsam. Auch im Falle der Vergangenheitsbewältigung vergehen sogar Jahrzehnte, bis Gräueltaten überhaupt vor Gericht gelangen. ECCC in Kambodscha behandelt nur Fälle höchsten Ranges und der Chega-Bericht in Osttimor brachte ebenso wenige Ergebnisse. In Bezug auf den Massenmord in Indonesien 1965 wurde eine juristische Aufarbeitung 2016 am Internationalen Volkstribunal angestrebt – ohne dass Indonesien als Staat dabei beteiligt gewesen wäre. Und doch zeigt dieses zivilgesellschaftliche Erfolgsprojekt, dass es sich lohnt, das Ringen um Gerechtigkeit nie aufzugeben.

**Laura Faludi, Marlene Weck
und Mandy Fox**

*Anhörung vor
dem Internationalen Volkstribunal
in Den Haag
Foto: IPT 1965*

